

Beschränktheitsinitiative

Autor(en): **Hoffmann, Christian P.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **97 (2017)**

Heft 1047

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-736509>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

FREIE SICHT

Beschränktheitsinitiative

Als «intellektuelle Fehlkonstruktion», die unter Ermüdungserscheinungen ächze, bezeichnete Christoph Blocher die Europäische Union anlässlich der jüngsten Mitgliederversammlung der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (AUNS). Mit hellwachem Schwung will die AUNS darum gemeinsam mit der SVP eine Initiative lancieren, die die Schweiz jenseits der EU fit für die Zukunft macht. «Beschränkungsinitiative» soll sie heissen. Das Ziel: die Kündigung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU. Die ungläubige Reaktion des liberalen Beobachters in zwei Worten: Schon wieder? Schon wieder eine Anti-Migrations-Initiative von rechts? Nach der 18-Prozent-Initiative, der Ausschaffungsinitiative, der Masseneinwanderungsinitiative, der Ecopop-Initiative und der Durchsetzungsinitiative nun also die Beschränkungsinitiative? Die Schweizer Rechte erscheint wie eine Jukebox, die nur mehr einen Titel spielen kann. Eine bittere Ironie, denn entgegen einigen zu kritisierenden Fehlentwicklungen der Europäischen Union hatte diese doch stets einen Vorzug: die garantierten vier Grundfreiheiten. Und zu diesen zählt eben auch die Migrationsfreiheit. Bücherregale lassen sich füllen mit Studien, die die segensreichen Wirkungen aller (!) vier Grundfreiheiten aufzeigen. Selbst wenn also die Angst vor einer schleichenden Annäherung der Schweiz an eine strauchelnde EU gerechtfertigt sein mag, stellt sich die Frage: Warum ausgerechnet bei der Freizügigkeit ansetzen? Wo diese doch der Schweiz nachweislich mehr Vorteile als Nachteile bietet? Der Sprung in der politischen Schallplatte von SVP und AUNS wird letztlich nur eines bewirken: eine Schwächung der bürgerlichen EU-Kritik durch das Vergraulen der Liberalen – und den verstärkten Eindruck von Ermüdungserscheinungen auf der politischen Rechten. Denn die immer gleichen Vorstösse von rechts zeugen vor allem von Mut- und Ideenlosigkeit. Sie langweilen nicht nur, sie nerven. Die EU mag eine «intellektuelle Fehlkonstruktion» sein. Die Strategie der Schweizer Rechten ist es inzwischen auch.

Christian P. Hoffmann

ist Professor für Kommunikationsmanagement an der Universität Leipzig und Forschungsleiter am Liberalen Institut in Zürich.

RES PUBLICA

Staatsgeld als Geschäftsmodell

K napp 100 Millionen Franken sprach das Parlament in der Sondersession, um die Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung zu senken. Das klingt leider nur im ersten Moment gut. Tatsächlich führen solche «befristeten» Subventionen nicht nur zu Fehlanreizen, sondern sie lassen sich auch, einmal eingeführt, kaum mehr aufheben. Das zeigte schon die Anstossfinanzierung für Krippen, die 2003 bewilligt und seither mehrmals verlängert wurde. Sie kostete mehrere hundert Millionen Franken. Zwar wurden laut Angaben des Bundes dank ihr rund 54 000 Krippenplätze geschaffen. Doch wie steht es um deren Qualität und Kosten? Der mit der Staatsförderung entstandene grosse Personalbedarf wird in vielen Krippen mit Praktikanten gedeckt. In Hochglanzprospekten und an Infoveranstaltungen werden berufstätige Eltern von der pädagogischen Brillanz und den flexiblen Öffnungszeiten überzeugt. Doch es sind in vielen Krippen ungelernete Arbeitskräfte, die täglich von früh bis spät präsent sind – sie putzen, kochen und betreuen die Kleinkinder, oft für weniger als Tausend Franken pro Monat und ohne Aussicht auf eine Lehrstelle. Gerade grosse Krippenunternehmen sind oft personell chronisch unterbesetzt, die Fluktuation beim oft sehr jungen Personal ist beträchtlich. Trotz dieser Situation sind Krippenplätze für viele mittelständische Eltern unerschwinglich. Zurück deshalb zu den neuen Subventionen: Ganz zu schweigen davon, dass damit in die Kompetenzen der Kantone eingegriffen wird, ist es einmal mehr das falsche Mittel für ein richtiges Ziel. Es gibt bessere Wege, um die Belastung der Eltern zu senken: Steuerabzüge für die effektiven Betreuungskosten sowie so angepasste Tarifstrukturen, dass mehr Eltern vergünstigte Tarife erhalten. Gerade die Eltern des Mittelstands werden abgestraft, da sie sowohl die Vollkosten tragen als auch hohe Steuern bezahlen. Kein Wunder, boomt die Nannybranche. Wer öffentliche Gelder empfängt, sollte diese ihrem gemeinnützigen Zweck widmen – und nicht das eigene Geschäftsmodell damit finanzieren.

Nadine Jürgensen

ist Juristin, freie Journalistin und Moderatorin. In ihrer Kolumne «Res publica» beschäftigt sie sich jeweils mit den Debatten des letzten Monats. Sie lebt bei Zürich.